

Staatskanzlei
Information

Rathaus
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 22 75
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung

Zustimmung zum Phosphor-Bericht des Bundes

Solothurn, 2. Februar 2005 - Der Regierungsrat unterstützt in seiner Vernehmlassungsantwort an das Bundesamt für Landwirtschaft den Vorschlag des Bundes, dass die weiteren Aktivitäten zur Eindämmung von Phosphorüberschüssen in Böden und Gewässern auf die Hauptproblemgebiete konzentriert werden sollen. Die Auswertung eines Berichtes vom Oktober 2004 hat für den Kanton Solothurn keinen Handlungsbedarf ergeben.

Das Bundesamt für Landwirtschaft hat im Februar 2002 eine paritätische Arbeitsgruppe eingesetzt, welche eine Strategie zum Abbau von Phosphorüberschüssen in landwirtschaftlichen Böden und zur Reduktion von Phosphoreinträgen in die Gewässer erarbeiten sollte. Die Arbeitsgruppe bewertet in ihrem nun vorliegenden Bericht eine allgemeine Verschärfung der heute geltenden Vorschriften als „nicht zielführend“ und schlägt vor, dass Massnahmen auf „Gebiete mit Handlungsbedarf“ konzentriert werden, in denen eine Phosphorbelastung der Gewässer bereits besteht oder die durch die Kantone als solche eingestuft werden. Ein Entwurf für die Ausscheidung dieser Gebiete durch den Bund liegt vor.

Im Weiteren soll im Rahmen der Agrarberichterstattung vom Bundesamt für Landwirtschaft über die gesamte Landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) der Schweiz ein Agrarumweltmonitoring eingeführt und darüber regelmässig Bericht erstattet werden.

Da im Kanton Solothurn die durchschnittlichen Tierbestände der Landwirtschaftsbetriebe weit unter dem Landesmittel liegen und auch entsprechend grosse stehende Gewässer fehlen, besteht kein spezieller Handlungsbedarf.

Weitere Auskünfte erteilt:

Bruno Meyer, Abteilungsleiter Amt für Landwirtschaft, 032 627 25 01